

## Von widerständigem Verhalten zum PartisanInnenkampf

*Text von Brigitte Entner*

Die NS-Herrschaft in Kärnten war vor allem durch eine gewaltsame Entnationalisierungspolitik gekennzeichnet. Die ersten Jahre nach dem so genannten "Anschluss" an das Deutsche Reich waren durch eine gewisse - außenpolitisch motivierte - Zurückhaltung gegenüber der Minderheit geprägt. Diese Zurückhaltung wurde nach dem Überfall auf Jugoslawien im April 1941 aufgegeben.

Verhaftungen, das Verbot slowenischer Vereine und Organisationen sowie der slowenischen Wochenzeitung, die Abwicklung bzw. Überführung slowenischer Genossenschaften in deutsche, die Überprüfung von Kauf- und Übergabeverträgen sowie die Vergabe von Gewerbeberechtigungen nach nationalpolitischen Gesichtspunkten prägten nun den Alltag. Slowenisch als Alltagssprache wurde im öffentlichen Raum endgültig - nun auch in der Kirche - verboten, slowenisch sprechende Priester und LehrerInnen in den deutschsprachigen Raum versetzt.

Diese Politik der Germanisierungsmaßnahmen in Kärnten war jedoch keine Erfindung des Deutschen Reiches und seiner Beamten und Funktionsträger in Berlin. Die Idee einer nationalen "Bereinigung" hatte hierzulande bereits Tradition, und so konnte sich das NS-Regime auf bewährte Mitarbeiter und einen Grundkonsens in der Mehrheitsbevölkerung stützen. Bald nach dem "Anschluss" wurde mit der Erstellung von Verzeichnissen begonnen, in denen die bekennenden Slowenen angeführt und Anmerkungen über den Grad ihres politischen Engagements gemacht wurden.

Diese Listen dienten mit hoher Wahrscheinlichkeit auch als Orientierung für die 1942 durchgeführte gewaltsame "Aussiedlung" slowenischsprachiger Familien aus dem Südkärntner Raum. Die "Ausgesiedelten" wurden von den Behörden nachträglich als "volks- und staatsfeindlich" bezeichnet. Solcherart konnten die

slowenisch sprechenden Angehörigen des Deutschen Reiches entschädigungslos ihres Eigentums beraubt werden. Durch die nachfolgende Ansiedlung "deutscher Volksgenossen" aus dem Kanaltal und "politisch verlässlicher Deutsch-Kärntner" sollte das Slowenische als dörfliche Kommunikationssprache zum Verschwinden gebracht werden.

Spätestens nach diesem brutalen Vorgehen der Behörden wurde der Widerstand in der Bevölkerung entfacht. Immer mehr Angehörige der slowenischsprachigen Volksgruppe schlossen sich dem organisierten Widerstand an. Unorganisiertes widerständiges Verhalten hatte sich, in unterschiedlichster Intensität, bereits recht bald geregt. Zum - geahndeten - widerständigen Verhalten zählte beispielsweise schon der demonstrative Gebrauch der Muttersprache im öffentlichen Raum.

Ab 1939 traten die so genannten "*Grünen Kader*" auf. Zu dieser Gruppe werden jene Männer gezählt, die sich der Einberufung zur Wehrmacht durch Flucht entzogen haben, die desertiert sind oder auch solche, die eine Einberufung gar nicht mehr abgewartet haben. Zumeist flohen diese Männer nach Jugoslawien. Andere wiederum versteckten sich in den Wäldern der Karawanken. Sie waren jedoch noch nicht organisiert. Nach dem Überfall auf Jugoslawien im April 1941 mussten sie neuerlich fliehen. Zumeist schlossen sie sich der *Osvobodilna Fronta (OF)*, der Befreiungsfront, an. Einige von ihnen gehörten später jenen ersten Einheiten an, die 1942 die ehemalige österreichisch-jugoslawische Grenze überschritten hatten und hier um AktivistInnen und UnterstützerInnen warben.

Zu ersten gewaltsamen Aktionen auf ehemals österreichischem Gebiet kam es im Frühjahr 1940. Angehörige der Organisation *TIGR* sprengten Brücken und Bahngleise. Das Kürzel *TIGR* steht für die Städte bzw. die Regionen Trst, Istra, Gorica und Reka (Triest, Istrien, Görz und Rijeka). Die Organisation *TIGR* wurde in den 1920er Jahren im Widerstand gegen das faschistische Italien

gegründet. Sie ist als Zusammenschluss von national gesinnten, bürgerlichen SlowenInnen und KroatInnen aus dem von Italien besetzten Küstenland zu verstehen. Nach dem Kriegsausbruch arbeiteten auch ehemals österreichische StaatsbürgerInnen slowenischer wie deutscher Muttersprache für *TIGR*. Im Zusammenhang mit den erwähnten ersten Sprengungen im Frühjahr 1940 wurden 33 Männer und Frauen verhaftet und angezeigt, in der Folge wurden sechs Todesurteile ausgesprochen und ausgeführt.

Nach dem Überfall auf Jugoslawien wurde *TIGR* von den faschistischen Besatzungsmächten aufgerieben. Doch schon im April 1941 fanden sich oppositionelle Kräfte in Slowenien zusammen und gründeten in Ljubljana die *Osvobodilna Fronta* als neue politische Befreiungsbewegung. In ihr sammelten sich Menschen, die aus dem christlichen, liberalen und kommunistischen Lager kamen. Letztere übernahmen spätestens 1943 die Führung innerhalb der OF. Zu den Hauptzielen der OF zählten einerseits der bewaffnete Kampf gegen die faschistischen Okkupanten und andererseits die Vereinigung aller SlowenInnen in einem Staat. Noch im Jahr 1943 wurden die PartisanInnen Jugoslawiens von den Alliierten als Kombattanten anerkannt und mit Waffen und Munition, aber auch mit Lebensmittel, Kleidung und Sanitätsmaterial unterstützt. 1944 erfolgte die Anerkennung als Armee.

Die gewaltsame "Aussiedlung" slowenisch sprechender Familien im April 1942 hatte nicht den von den Behörden intendierten Effekt. Anstatt sich dem eingeforderten Assimilierungsprozess einzugliedern, fanden sich im gemischtsprachigen Gebiet in Kärnten immer mehr Menschen dazu bereit, mit der Waffe in der Hand gegen die Okkupanten zu kämpfen. Zu dieser Entscheidung mögen auch die Ereignisse von Robesch/Robeže beigetragen haben. Ende August 1942 wurde das *Kranjc Bataillon* der slowenischen PartisanInnen bei Robesch von SS-Einheiten überfallen. Es konnte den Überfall erfolgreich abwehren und fügte dem feindlichen

Angreifer empfindliche Verluste zu. Die Nachricht vom Kampf verbreitete sich blitzartig unter der slowenischsprachigen Bevölkerung und machte die PartisanInnen populär. Ebenfalls zu jener Zeit waren erste Einheiten der politischen Abteilung nach Kärnten gekommen, die zum Ziel hatten, hier eine Organisationsstruktur aufzubauen, was ihnen auch bald gelang. Doch schon im Spätherbst 1942 wurde dieses Organisationsnetz von der Gestapo zerschlagen. An die 200 AktivistInnen wurden verhaftet und 135 bei der Staatsanwaltschaft angezeigt. Es waren in etwa gleich viele Männer wie Frauen. Zumeist stammten sie aus Bauern- oder Arbeiterfamilien. Insgesamt wurden 13 Männer und Frauen zum Tode verurteilt und enthauptet. Gegen 22 Personen wurden lange Haftstrafen ausgesprochen. Sie alle stammten aus der Gegend von Zell Pfarre/Sele.

Von Anfang an wurde mit aller Härte gegen die WiderstandskämpferInnen und ihre UnterstützerInnen vorgegangen. Die Verfolgung ist durchaus in der Strategie der Entnationalisierungspolitik zu sehen. So findet man in Gerichtsakten bereits auf der ersten Seite den Vermerk "*Slovene!*". Die Zerschlagung der so genannten Zellaner Gruppe ist als Auftakt einer brutalen Hetze gegen die PartisanInnen zu sehen. Das Gerichtsverfahren gegen die "Zellaner" wurde in den Kärntner Medien ausführlich dokumentiert. Generell wurde der PartisanInnenkampf als "Bandenunwesen" diffamiert. "Banditen" würden, so die offizielle Lesart, "Raubüberfälle", "Plünderungen" und "Mordanschläge" verüben, sie würden auch vergewaltigen. Die Widerstandshandlungen der PartisanInnen wurden als "kommunistischer" Terror gewertet und die AktivistInnen selbst kriminalisiert und als brutale Mörder dargestellt. Durch die propagandistische Kriminalisierung des slowenischen Widerstandes und die gleichzeitige Androhung von Konsequenzen im Falle nachgewiesener Unterstützung sollte die Bevölkerung zur Loyalität gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern quasi "erzogen" werden. Nicht nur die Medien, auch

Behörden, Exekutive und Militärs bevorzugten im Zusammenhang mit den WiderstandskämpferInnen Ausdrücke wie "Flintenweiber", "Banditen", "Banden" und "Bandenunwesen" usw. und verfestigten solcherart das Bild, das sich die Bevölkerung von den PartisanInnen zu machen hatte.

Diese Strategie der Machthaber zeigte Wirkung. Aus Berichten von ZeitzeugInnen wissen wir, dass selbst viele Kärntner SlowenInnen beim ersten Zusammentreffen mit den WiderstandskämpferInnen große Ängste überwinden mussten. Die von den NS-Medien geschaffenen Bilder hatten sich fest in der Bevölkerung verankert, auch bei den Angehörigen der Minderheit. Vor allem die Tatsache, dass es sich bei den PartisanInnen durchwegs um "Kommunisten" handeln sollte, beschäftigte viele der vorwiegend katholisch orientierten Kärntner SlowenInnen. Doch trotz allem schlossen sich vor allem ab 1943 immer mehr Männer und Frauen den PartisanInnen an. Bis Mitte 1943 waren die zivilen Organisationsstrukturen des Widerstandes in Kärnten endgültig aufgebaut.

Eine wichtige Rolle hatten dabei auch die Frauen inne. Die slowenisch sprechenden Frauen galten als besonders zuverlässige Mitarbeiterinnen der OF. Bereits im März 1943 wurde in Lobnig/Lobnik bei Bad Eisenkappel/Železna Kapla der Slowenische antifaschistische Frauenverband/Slovenska protifašistična ženska zveza (SPŽZ) gegründet. In der Folge entstanden weitere Ortsausschüsse der Frauenorganisation. Ihre Aufgabe war es, Lebensmittel, Sanitätsmaterial, Kleidung und Informationen für die PartisanInnen zu sammeln. Die Frauen übernahmen Kurierdienste, versuchten, Männer zum Überlaufen zu bewegen, machten Propagandaarbeit, schrieben Artikel für die Zeitung der PartisanInnen und organisierten Versammlungen für die Zivilbevölkerung. Zudem hatten sie meist alleine für den Hof und die Familie zu sorgen, denn ihre Männer waren entweder bei der Wehrmacht, in Kriegsgefangenschaft oder bei den PartisanInnen.

Bisher konnten rund 600 Frauen eruiert werden, die am Widerstand teilgenommen haben, die meisten von ihnen waren vor Ort unterstützend tätig. Das heißt aber nicht, dass es keine Frauen bei den kämpfenden Truppen gegeben hätte. Auch Frauen kämpften mit der Waffe in der Hand. Doch selbst in so außergewöhnlichen wie dramatischen Situationen wie dem Widerstandskampf konnten die herrschenden Rollenbilder nicht aufgegeben werden, weder von den Männern noch von den Frauen selbst. Der Anteil von Frauen in Führungsgremien war besonders in Kärnten sehr gering und wurde sogar von der KPS kritisiert. Widerstandskämpferinnen selbst haben nach dem Krieg diese Tatsache damit begründet, dass die Frauen nicht so gebildet und auch nicht so waffentauglich wie die Männer seien. Nichtsdestotrotz waren die Frauen in ihren Einheiten gemeinsam mit den Männern politisch wie militärisch geschult worden. Auf der anderen Seite wirkten die alten Rollenbilder auch in den Alltag der Einheiten hinein. Waren Frauen in den Einheiten, so galten sie für die so genannten typischen weiblichen Tätigkeiten (Kochen, Waschen, Nähen, Sanitätsdienste usw.) verantwortlich. Absolut keinen Unterschied erfuhren die Frauen in der Verfolgung durch das NS-Regime. Im Frühjahr 1943 hatte sich das 1. Kärntner Bataillon innerhalb der OF formiert. Dieses war auf vier Gruppen aufgeteilt und umfasste im August 1943 320 KämpferInnen vorwiegend aus Kärnten und Slowenien. Ebenfalls im Frühjahr wurde das 2. Kärntner Bataillon im Rosental gegründet. Im Mai 1943 gelang es ihnen beispielsweise, die Akkumulatorenfabrik in Feistritz im Rosental/Bistrica v Rožu und ein Sägewerk zu vernichten, dabei konnten über 40 Zwangsarbeiter befreit werden. PartisanInnen halfen aber nicht nur ZwangsarbeiterInnen sondern auch entflohenen Häftlingen des KZ Loibl oder abgestürzten alliierten Fliegern.

Im Herbst/Winter 1943/44 waren die Kärntner WiderstandskämpferInnen und ihre UnterstützerInnen weiteren Verhaftungswellen ausgesetzt. Viele der Gefassten kamen vor

Gericht oder wurden in Konzentrationslager überstellt. Durchaus im Sinne der Sippenhaftung wurden wenig später deren Angehörige von den Höfen vertrieben und in einer zweiten so genannten Aussiedlungswelle 1944/45 in Lager im "Altreich" überstellt. Auch sie wurden ihres Eigentums beraubt. Anders als 1942 fanden sich nun kaum noch Pächter oder Verwalter für die verlassenen Höfe, die direkt im Kampfgebiet oder - wie es im NS-Jargon hieß - im "Bandengebiet" lagen. Die Höfe blieben, nachdem sie ausgeraubt wurden, unbewirtschaftet zurück. Trotz oder gerade wegen dieser Verhaftungswelle beteiligten sich in der Folge immer mehr Menschen am bewaffneten Widerstand. Auch deutschsprechende KärntnerInnen und entflozene ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene nahmen Kontakt zu den PartisanInnen auf oder organisierten sich eigenständig mit mehr oder weniger losem Kontakt zu den PartisanInneneinheiten wie z.B. die Gruppe auf der Saualpe.

Im August 1944 zählten die PartisanInneneinheiten in Kärnten ca. 700 kämpfende Angehörige unterschiedlichster Nationalität. Sie kamen aus Slowenien, Kärnten, Italien, Ungarn, Kroatien, Serbien, Polen, Russland, Ukraine, Frankreich. Jüngsten Forschungen zufolge dürften über 3.570 PartisanInnen einen "Kärntenbezug" haben, das heißt, dass sie entweder aus Kärnten stammten oder hier aktiv waren.

Der Erfolg der PartisanInnen hatte zur Folge, dass Teile Kärntens im Sommer 1944 zum "Bandenkampfgebiet" erklärt wurde. Noch am 7. April 1945 verlautbarte der Kärntner Gauleiter Rainer das Standrecht. Die bzgl. ihrer Größe und Ausrüstung verhältnismäßig schwachen PartisanInnentrupps hatten - so die Synthese des Militärhistorikers Josef Rausch - die Stationierung, Neuaufstellung und Verlegung einer Reihe von bewaffneten deutschen Formationen in bzw. nach Kärnten erzwungen. Diese Kräfte wurden in Kärnten gebunden. In Spitzenzeiten waren dies zwischen 7.000 und 10.000 Mann. Sie

gehörten vorwiegend den SS-Polizeitruppen, Polizei- und Gendarmerie-Kompanien, Ersatz-, Grenzwacht- und Landeschützen-Verbänden der Wehrmacht an. Sie fehlten in anderen Frontgebieten. Die Mannschaften der lokalen Formationen wie Gendarmerieposten, Landwacht, Werkschutz, SA- und SS-Abteilungen mussten verstärkt bzw. neu aufgestellt werden und konnten so nicht für die Kriegswirtschaft verwendet werden.

In über 700 bewaffneten Aktionen und Zusammenstößen fügten die PartisanInnen den Besatzern unbestreitbar großen materiellen Schaden zu. Sie schwächten die deutsche Kriegswirtschaft ebenso wie die Kampfmoral der deutschen Soldaten. Zahlreiche Verkehrs- und Kommunikationseinrichtungen (Geleise, Brücken, Post- und Telegrafmasten, Leitungen, Lokomotiven, Waggons, Straßenfahrzeuge usw.) wurden zerstört oder beschädigt und die Energiezufuhr beeinträchtigt.

Nach Angaben, die sofort nach dem Krieg gesammelt wurden, waren 3.855 Soldaten auf deutscher Seite gefallen, 3.353 verletzt und 1.936 gefangen genommen. Seitens der PartisanInnen forderte der antifaschistische Kampf 1.080 Tote, 710 Verletzte und 317 gefangene bzw. vermisste KämpferInnen. Besonders unter den Kurieren war die Opferzahl hoch.

Auf der anderen Seite waren während des Zweiten Weltkrieges ca. 15.000 Kärntner Slowenen in deutschen bewaffneten Einheiten eingesetzt, mindestens 3.000 von ihnen sind gefallen.

Der bewaffnete Widerstand dauerte in Kärnten nahezu drei Jahre an und war innerhalb der damaligen Grenzen des Deutschen Reiches hinsichtlich Organisationsgrad und Breite einzigartig. Politisch und organisatorisch getragen wurde er von der slowenischen Befreiungsfront OF. Die bewaffneten KämpferInnen stellten nur einen Teil dieser Befreiungsbewegung dar. Der andere und vielleicht sogar noch wichtigere Teil war das breite Netz der politischen Organisation.

Die Tätigkeit der OF erstreckte sich südlich der Drau vom Osten

des Landes Kärnten bis in das untere Gailtal. Nördlich der Drau verankerten sich die PartisanInnen im Osten auf der Saualm und im Gebiet des Rosentales auf der Sattnitz zwischen Drau und Wörthersee. Die OF konnte sich dabei auf breite Kreise der slowenischsprachigen Bevölkerung stützen, in geringerem Ausmaß aber auch auf oppositionelle Kreise innerhalb der Mehrheitsbevölkerung.

Doch der Krieg war für die Kärntner PartisanInnen und jene, die sie unterstützten, am 8. Mai noch nicht zu Ende. Die bewaffneten Kämpfe dauerten im Kärntner Grenzgebiet, vor allem im Raum Ferlach/Borovlje sowie Bleiburg/Pliberk, bis zum 15. Mai an. Auf der anderen Seite ging der Krieg nach der Doppelbesetzung Kärntens durch britische und jugoslawische Truppen, nun in Form des Kalten Krieges für die Bevölkerung nahezu nahtlos weiter, allein die Frontstellungen haben sich verändert: die Briten kooperierten - so schien es - lieber mit ehemaligen NationalsozialistInnen als mit den ehemaligen Bündnispartnern, die nun als "Kommunisten" diffamiert, diskriminiert und auch verfolgt wurden.